



Rendsburg, 11. Dezember 2014

Pressemitteilung

Mit deutlicher Kritik begleitet der Bauernverband Schleswig-Holstein die geplante Einführung des Tierschutz-Verbandsklagerechtes, über die morgen im Schleswig-Holsteinischen Landtag beschlossen werden soll.

„Es wird hier ein deutliches Signal gesetzt, dass die Regierungskoalition kein ausreichendes Vertrauen in die fachliche Arbeit der eigenen Behörden hat“ machte Generalsekretär Stephan Gersteuer am Donnerstag in Rendsburg deutlich. An einer Baugenehmigung für einen Stall zum Beispiel seien zahlreiche staatliche Stellen beteiligt, etwa die Kreisveterinärbehörden, die Bauämter oder das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR). All diesen Institutionen traue man offenbar nicht zu, die bestehenden Gesetze rechtmäßig anzuwenden. Vielmehr setze man darauf, deren Arbeit durch private Interessengruppen überprüfen zu lassen.

Eine zunehmende Bürokratisierung und eine unnötige Belastung der Gerichte seien die unausweichliche Konsequenz und würden mit Einführung eines solchen Klagerechts billigend in Kauf genommen. Durch die umfangreichen Einsichtsrechte im laufenden Genehmigungsverfahren werde es zu unabsehbarem Mehraufwand für die Behörden und erheblichen zeitlichen Verzögerungen kommen.

„Es ist schon beachtenswert, dass Tierschutzorganisationen mehr Rechte eingeräumt werden als sie dem einfachen Bürger und Landwirten gleichermaßen zustehen“, gibt Gersteuer zu bedenken.

Als befremdlich empfindet der Bauernverband Schleswig-Holstein zudem die Tatsache, dass die Landtagsfraktion der Grünen zum Zeitpunkt der Beschlussfassung eine Unterstützungsaktion vor dem Landtag selbst inszeniert und dazu Vertreter von Tierschutzverbänden und der Kirche einlädt, um das angeblich so „freudige Ereignis“ zu feiern.

Weitere Fragen beantwortet Ihnen gerne:

Klaus Dahmke • Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

k.dahmke@bvsh.net

Telefon 0 43 31/12 77-21 • Fax 0 43 31/2 61 05 • Mobil 01 71/ 9 72 73 32

www.bvsh.net